

**Aarumgehung:** Der Landesbetrieb Mobilität berichtete im VG-Rat Hahnstätten über die aktuelle Planung.

## „Gemeinsam nach einer verträglichen Lösung suchen“

Die Verbandsgemeinderatssitzung offenbarte, wie der Landesbetrieb Mobilität mit Offenheit und Transparenz, die mittlerweile ja sogar CDU und SPD fordern, umgeht. So behauptete Herr Neuroth, dass „ein Tunnel unter der Aar mit einbezogen ist.“ Das ist schlichtweg falsch. Bei den Kosten von 55 oder 57 Millionen Euro ist lediglich eine Dammbauweise einbezogen. Für einen zweiten Tunnel im Bereich Holzheim kann man beruhigt noch mal 5 Millionen Euro draufrechnen.

Die vom Rat geforderte neue Nutzen-Kosten-Rechnung für das Teilprojekt Aarumgehung kommentierte Herr Neuroth mit: „Dieser Schuss kann auch nach hinten losgehen.“ Dies bedeutet übersetzt nur eines. Er vermutet ein schlechteres Ergebnis einer solchen Berechnung. Ist ja auch klar, die Kosten würden sich ja auch verfünffa-

chen, ein größerer Nutzen ist nicht zu sehen. Diese Berechnung hätte jedoch einen „offiziellen Charakter“, was eine Streichung aus dem vordringlichen Bedarf 2015 mehr als wahrscheinlich machen würde. Hier wird also eine Straßenbaumaßnahme weiter im Bedarfsplan gehalten, die eigentlich gar nicht im Bedarfsplan enthalten sein dürfte.

Anschließend verkündete Herr Neuroth in Bezug auf die Umweltverträglichkeitsstudie: „Der LBM hat nun beschlossen, dass die Umweltverträglichkeitsstudie (UVS) fertiggestellt ist.“ Diese Aussage ist eine Ohrfeige an den Rat und alle Bürger. Wie kann man im Dezember eine Fertigstellung eines Dokumentes beschließen, das schon im Mai Grundlage der Entscheidung des Bundesverkehrsministers Ramsauer war, die Varianten fünf

und sechs abzulehnen. Fakt ist, dass die UVS zu diesem Zeitpunkt vorgelegen haben muss und dass der LBM diese Unterlagen trotz Anfragen von Bürgern, trotz den Bitten des VG-Rates und trotz Gesetzen nicht herausgegeben hat! Dies sind Instrumente altbackener Verheimlichungstaktiken der Behörden, die immer noch versuchen, sich nicht in die Karten sehen zu lassen. Um den berechtigten Interessen der Bewohner längs der Aarstraße endlich Rechnung zu tragen, hoffe ich, dass wir in naher Zukunft einen Weg finden, alle Betroffenen an einen Tisch zu bringen, damit wir eine für alle verträgliche Lösung erarbeiten können. Auf keinen Fall sollten wir die Suche nach Lösungen dem LBM allein übertragen.

**Armin Hillingshäuser, Holzheim,  
Mitglied im Verein „Ja zur Aar“**

---